„Enteignung der Bürger“

Mehr zum Thema: Müllverbände streiten sich über Gebühren

Von Sebastian Schaffner

HERSFELD-ROTENBURG. „Einigermaßen überrascht bis schockiert“ haben die Mitglieder der Verbandsversammlung des Müllabhol-Zweckverbands Rotenburg (MZV) am Montagabend auf die vom Abfallwirtschafts-Zweckverband Landkreis Hersfeld-Rotenburg (AZV) vorgelegte Gebührenkalkulation reagiert.

Das Papier, das der AZV von einem Anwaltsbüro in Berlin erarbeiten ließ und ab Januar für den MZV gelten soll, sei „in vielen Punkten unplausibel und voller Fehler“, sagte MZV-Verbandsvorsitzender Hartmut Grünewald.

> „Unsere Ansprüche aus der finanziellen Beteiligung an der Deponie kann man nicht einfach kassieren.“
>
> **HARTMUT GRÜNEWALD**
> **MZV-VORSITZENDER**

Nachdem der AZV die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem MZV zum Ende des Jahres gekündigt hat, befürchtet Grünewald, dass sein Verband künftig finanziell schlechter dastehen könnte als bisher. Schließlich hatte der langjährige Vertrag nicht nur die Abrechnungen von Bio-, Rest- und Sperrmüll gere-

Hartmut Grünewald, Verbandsvorsitzender des MZV

gelt, sondern auch die finanzielle Beteiligung an der Deponie in Friedlos. Der MZV habe für die Rückstellung der Deponie in den vergangenen Jahren mehr als fünf Millionen Euro aufgebracht, so Grünewald.

„Kündigen konnte man die Art und Weise der Abrechnung für die Abfallentsorgung“, sagt er, „unsere Ansprüche aus der finanziellen Beteiligung an der Deponie kann man damit aber nicht so einfach kassieren.“ Diese „kalte Enteignung unserer Bürger an den Früchten ihrer Beteiligungen“ könne er nicht zulassen und schrecke auch nicht davor zurück, sich dagegen juristisch zu wehren.

Die Mitglieder der MZV-Verbandsversammlung verständigten sich darauf, dem AZV die aus ihrer Sicht gravierendsten Mängel umgehend schriftlich mitzuteilen – schließlich war schon für den heutigen Mittwoch die Verbandsversammlung des AZV angesetzt.

„Bei der Berechnung der Verteilungsschlüssel nach Abfallmengen stimmt einiges nicht“, fing Grünewald an. In der Gebührenkalkulation seien etwa für den MZV 4850 Tonnen Biomüll zu viel angesetzt – beim AZV hingegen 3450 Tonnen Sperrmüll völlig vergessen worden. Zudem gebe es Ungereimtheiten bei den kalkulierten Verwaltungskosten und falsche Zuordnungen von Kosten und Erlösen.

Ein weiterer Kritikpunkt: Der AZV verlangt laut der Kalkulation vom MZV künftig rund 588 000 Euro an Entsorgungsgebühren, „obwohl er selbst nur 445 160 Euro aufwendet“, sagt Grünewald. Das sei nicht zulässig. „Die Entsorgungskosten für die Abfälle müssen für alle Bürger des Kreises identisch sein, da der AZV als Entsorgungskörperschaft für den Gesamtkreis die Ausschreibungen macht“, heißt es in einem Schreiben, das der MZV am gestrigen Dienstag nach Bad Hersfeld geschickt hat, damit der AZV

Georg Körner, Geschäftsführer des AZV

noch vor seiner Versammlung darauf reagieren könne.

Die Antwort ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Der AZV-Vorstand beschloss nach Eingang des Schreibens am Nachmittag, die öffentliche Verbandsversammlung kurzfristig auf den 19. Dezember zu verschieben.

„Nachdem uns der MZV verschiedene Fragen geschickt hat, haben wir entschieden, die Vorlagen noch einmal zu überprüfen“, sagte AZV-Geschäftsführer Georg Körner. „Wir wollen ja, dass die Gebührensatzung korrekt ist.“

Fotos: Judith Strecker/Archiv, Silke Schäfer-Marg